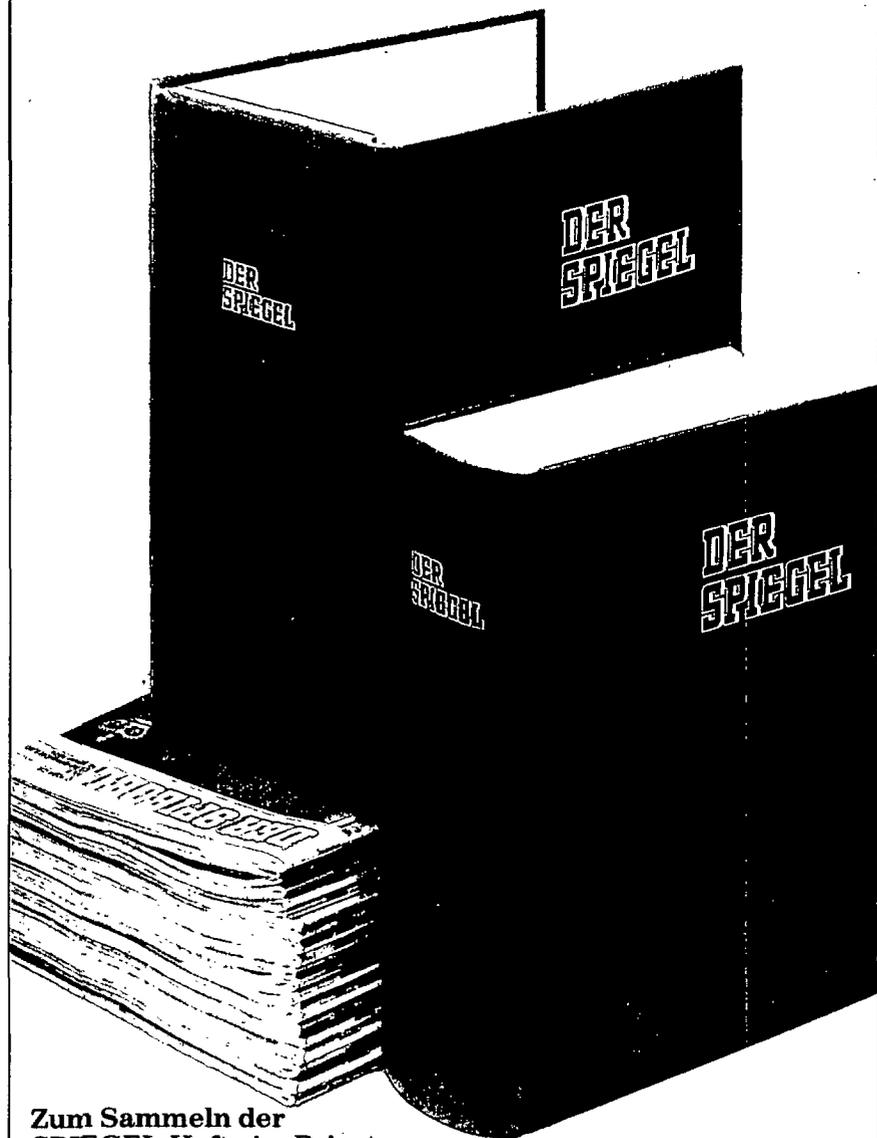


## DER SPIEGEL – ein Lexikon der Zeitgeschichte

Die gesammelten Hefte ermöglichen jederzeit den Zugriff auf aktuelle und historische Daten und Fakten. Sie stellen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse der Zeit in den Zusammenhang und geben einen Gesamtüberblick.



### Zum Sammeln der SPIEGEL-Hefte im Privat- Archiv bieten sich an: Jahrgang-Sammler

mit Drahtaufhängung für maximal 14 Hefte, die einzeln wieder entnommen werden können.  
Preis pro Sammler DM 10,-  
Preis inkl. Mehrwertsteuer.  
Versand gegen Vorkasse, im Inland portofrei. Überweisungen mit genauem Bestellvermerk bitte auf Postscheckkonto Hamburg 71 37-200 (BLZ 200 100 20).

**SPIEGEL-Verlag, Vertriebsabteilung, Postfach 11 04 20, 2 Hamburg 11**

### Einbanddecken

Zum Binden der SPIEGEL-Ausgaben. Für einen SPIEGEL-Jahrgang sind 4 Einbanddecken erforderlich. Preis pro Einbanddecke DM 7,-.  
Die Einbanddecken haben je nach Heftumfang verschiedene Rückenbreiten; daher bei Bestellung bitte exakt angeben, für welche Jahresquartale Einbanddecken gewünscht werden.

wie Israel im Visier zu haben. Die Beweislage ist dürftig; selbst geständige Beschuldigte sagen nichts über die Herkunft ihrer Dokumente aus, die als Fälscher Verdächtigten schon gar nichts über etwaige Hintermänner.

Allerdings, im November 1978 wurden in der Berliner Wohnung des Juden Leonid Batkin Blankoformulare und offenbar zu Fälschungen bestimmte Stempel gefunden. Gut ein halbes Jahr später soll nach Feststellungen der italienischen Kripo Batkin von einem Alexander Shpunkow, genannt Sascha, in der Nähe von Rom ermordet worden sein — angeblich ein Verzweiflungsakt wegen Erpressung durch einen Fälscherring.

Ein zweiter Toter, der Jude Alexander Wachowski, lag am 8. Dezember vergangenen Jahres auf dem Gelände der Berliner Technischen Universität. Der als Täter angeklagte, gleichfalls jüdische Eduard Morduchaew, wurde vom Verdacht des Totschlags freigesprochen — im Zuge des Verfahrens hatte er aber gestanden, von Wachowski „ein falsches Visum der UdSSR erhalten und dieses Dokument bei den hiesigen Behörden trotz Wissen der Strafbarkeit verwandt zu haben“.

Der in diesem Prozeß als Belastungszeuge benannte, wegen Diebstahls einsetzende Michail Bessorin, auch er mosaischen Glaubens, erstickte unter merkwürdigen Umständen noch vor Verhandlungsbeginn in seiner Zelle am Rauch eines Brandes, den er versehentlich mit seiner Zigarette verursacht haben soll.

In den meisten jetzt anhängigen Betrugs- und Fälschungsverfahren reklamieren die Beschuldigten nahezu durchweg, sie verdienten eher späte Wiedergutmachung als formaljuristische Attacken.

Dem verhafteten Ingenieur Ruwinski beispielsweise wird seit 1975 die Anerkennung als Vertriebener versagt, obwohl alte Sterbeurkunden und die Aussagen früherer Bekannter zumindest damals ohne Zweifel für seine Deutschstämmigkeit sprachen.

---

## AFFÄREN

---

### Dicker Hammer

**Mit Spiegeln beobachteten  
Hamburger Polizisten jahrzehntelang  
Tausende von Toilettenbesuchern.  
Skandal im Skandal: Politiker aller  
Parteien wußten davon.**

Als Hamburger Spitzenkandidat der „Grünen“ streitet der Schauspieler Corny Littmann, 27, mit Vorliebe gegen die „Unterdrückung und Tabuisierung von Homosexuellen“. Als bislang wirksamste Waffe in diesem Kampf — für Littmann „ein Akt der Selbstbefreiung“ — diente ihm ein kurzstieliger, dicker Hammer.

Den Fäustel in der Faust, stieg der Kandidat zu nächtllicher Stunde in die weißgekachelte Herrentoilette unter dem Spielbudenplatz im Hamburger Amüserviertel St. Pauli. Sodann zertrümmerte er mit wenigen Schlägen einen zwei Zentimeter dicken Wandspiegel.

Was Littmann hinter dem splitternen Glas entdeckte, löste in Hamburg einen politischen Skandal aus, der bundesweit bislang beispiellos ist: Aus einer düsteren, unmöblierten Vier-Quadratmeter-Kabine entwichte während der Hammer-Aktion ein Unbekannter, der durch das Spezialfenster, das als Spiegel getarnt war, freie Sicht aufs Herren-Pissoir genossen hatte — eine Szene wie aus der Kino-Klamotte „Die 1000 Augen des Doktor Mabuse“.

Die durchsichtigen Scherben, die Littmann und seine Freunde vom „Hamburger Lesben- und Schwulengruppenverbund“ anderntags der Lokalpresse präsentierten, machten jäh transparent, was hanseatische Homosexuelle seit langem argwöhnten: Mal „sporadisch“, mal „regelmäßig einmal in der Woche“ hatten Zivilbeamte, wie Polizeisprecher Peter Kelling einräumen mußte, jahrzehntelang am Spielbudenplatz und in sieben weiteren öffentlichen Bedürfnisanstalten hinterm Spitzel-Spiegel gestanden.

Angesetzt waren die beamteten Voyeure auf Homosexuelle. Die nämlich hätten dort, so Ludwig Rieland, seit 1973 Chef der zuständigen Davidwache, „schreckliche Dinge“ getrieben, „Oral- und Analverkehr“. „Harmlose Touristen“, vor allem aus der nahen Jugendherberge am Stintfang, seien häufig „schreckensbleich aus der Toilette“ geflohen.

Die WC-Fahnder griffen zu, wann immer sie Verdächtige erspäht zu haben glaubten: „Wer nicht gleich konnte und zu lange am Urinbecken stand oder zur Seite blickte“, erinnert sich ein Homosexueller, „lief Gefahr, Hausverbot zu bekommen — ob schwul oder nicht.“ Weigerte sich ein Toilettengast, per Unterschrift das polizeiliche „Klappenverbot“ zu akzeptieren, seien die Beamten auch schon mal laut geworden: „Du schwuler Hund, mach, daß du rauskommst.“

Die „spezielle „Spiegel-Affäre“ („Hamburger Abendblatt“) mobilisierte letzte Woche Schwulengruppen, die zu einer Protestveranstaltung ins „Café Tuc Tuc“ luden, aber auch Linke und Liberale. „Das waren die Methoden der Nazis — unfäßbar, daß es so etwas heute noch gibt“, empörte sich der ehemalige Hamburger Justizsenator Professor Ulrich Klug (FDP), Bundesvorsitzender der Humanistischen Union.

„Wie elektrisiert“ reagierte auch der Hamburger SPD-Bundestagskandidat Freimut Duve, in dessen Wahlversammlungen „die Toilettenaffäre für das Publikum Thema Nummer eins“ war. „Ungeheuerlich, beschämend“,

befand die sozialdemokratische Bürger-schaftsabgeordnete Helga von Hoffmann, Mitglied des Fraktionsvorstandes.

So angemessen die Empörung der Landespolitiker sich auch ausnimmt — Protest hätten Hamburger Parlamentarier bereits im Herbst letzten Jahres zu Protokoll geben können. Damals waren zumindest die 15 Mitglieder des Eingabenausschusses der Bürgerschaft über die sonderbaren Spähangriffe exakt informiert — ohne freilich den geringsten Anstoß zu nehmen.

Schon am 18. Mai vorigen Jahres hatte der Hamburger Rechtsanwalt Franz Reinhard den Ausschuß alarmiert und ein Verbot der Abort-Obser-vation gefordert: „Die Würde des Men-

hanseatischen Verwaltungsgerichts, das in „diesen Kontrollen“ ebenfalls „keinen Eingriff in die Menschenwürde“ gesehen habe. Unberücksichtigt ließen die Ausschußmitglieder indes, daß der Spruch bereits 1967 ergangen war — zwei Jahre bevor der Bundestag beschloß, den Strafgesetzbuch-Paragra-phen 175 zu reformieren und homosexuelle Handlungen unter Erwachsenen nicht mehr unter Strafe zu stellen.

Die Hamburger Bürgerschaft schloß sich in einer Plenarsitzung am 10. Oktober letzten Jahres der „Empfehlung des Eingabenausschusses“ an, die Reinhard-Beschwerde für „nicht abhilfefähig“ zu erklären.

Innensenator und SPD-Landesvorsitzender Werner Staak, oberster Dienst-



**Bundestagskandidat Littmann, Polizei-Spiegel: Doktor Mabuses Auge**

schon“, zitierte Reinhard den Grundgesetz-Artikel 1, „ist unantastbar.“

Mehr als der Hinweis auf die Verfassung beeindruckte die Abgeordneten, was die Polizei zur Verteidigung ihrer Überwachungspraxis anführte: Die Klo-Kontrolle sei „nur sinnvoll, erfolg-versprechend und für die Beamten zumutbar, wenn sie verdeckt durchgeführt“ werde.

Solange die Toilettengäste das Urinbecken auf übliche Weise — Gesicht zur Wand — nutzten, sei „die Menschenwürde“ nicht verletzt, gaben die Abgeordneten dem Petenten Reinhard überdies zu verstehen: Die Trickspiegel gewährten lediglich „einen Blick seitlich-rückwärts auf die Rinnen in den Pissoirräumen“. Daher könnten „nur die bekleideten Körperteile oder der Kopf durch den Spiegel wahrgenommen werden“.

Zur Begründung verwiesen die Parlamentarier auf eine Entscheidung des

herr der Polizei, hatte, wie er vorige Woche beteuerte, von dem Vorgang trotz parlamentarischer Erörterung damals „keine Kenntnis“; er macht dafür seine Beamten verantwortlich. Staak zum SPIEGEL: „Die Polizeiführung ließ die Sensibilität vermissen, politische Reformen in die Tat umzusetzen.“

Entschieden bestreitet der Senator, der die Spiegel-Aktion nach Littmanns Hammerschlägen sofort stoppen ließ, was Hamburger Schwulengruppen seit Jahren vermuten: die Existenz von „Rosa Listen“, in denen die Polizei Homo-Daten erfaßt (SPIEGEL 19/1979). Staak: „Solche Listen gibt es nicht. Das hat mir die Polizei glaubhaft versichert.“

Der Senator kann freilich nicht dementieren, daß seine Beamten alle Klappenverbote penibel registrieren und daß die einschlägigen Aktenvermerke „wiederaufleben, wenn der Betreffende ein zweites Mal ertappt

wird“, wie Henning Voscherau (SPD) weiß, Vorsitzender des Innenausschusses der Bürgerschaft: „Die Summe dieser Akten könnte als Liste bezeichnet werden.“

Wer zweimal erwischt wird, muß regelmäßig mit einer Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs rechnen oder, wenn ihm homosexuelle Handlungen vorgeworfen werden, mit einem Verfahren wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“.

Spätestens dann werden seine Daten im Computer des Polizei-Auskunftssystems („Polas“) der Hansestadt gespeichert — für einen, wie Voscherau glaubt, allzu langen Zeitraum: „Wenn das Hausverbot erlischt, müßte der Vorgang im Papierkorb landen. Doch seltsamerweise ist es möglich, auch ein Jahr nach Abschluß des Verfahrens den betreffenden Homosexuellen ausfindig zu machen.“

## WAHLKAMPF

### Quittung für die Qual

**Deutsche Tierschützer wollen Landwirtschaftsminister Ertls Wiederwahl verhindern.**

Sie dürfen nicht scharren noch nisten, nicht mit den Flügeln flattern noch im Sand baden, wie es ihre Art ist.

In winzigen Drahtkäfigen darben sie, ohne natürliches Licht, produzieren Eier fürs laufende Band, und laut Gerichtsentscheid ist es legitim, sie als „KZ-Hühner“ zu bezeichnen — Deutschlands Legehennen leiden Not.

Jetzt aber, drei Monate vor der Bundestagswahl, sind Tierschützer angetreten, den vermeintlich ärgsten Feind der deutschen Henne da zu rupfen, wo es schmerzt.

Blau auf Gelb, in den Farben der kleinen liberalen Partei, erhebt auf einem Aufkleber ein Huhn hinter Gitterstäben, kahl und abgemagert, Anklage gegen Landwirtschaftsminister Josef Ertl. Am Schnabel rinnt eine Träne, und über dem gequälten Federvieh warnt ein schöner Reim: „Herr Minister Ertl, die Quittung für der Tiere Qual, erhalten Sie durch uns're Wahl.“ Hauptverteilungsgebiet der seit einigen Wochen massiert auftretenden Aufkleber: Ertls Wahlkreis Starnberg.

Dem freidemokratischen Bauernminister und Hobbyjäger, von Amts wegen zugleich oberster Tierheger der Republik, wirft — hochoffiziell — der „Deutsche Tierschutzbund“ vor, er kümmere sich nicht genügend um die Lebensqualität des Viehs, ihm gehe es vorrangig um die Interessen „der Land- und Viehwirtschaft mit ihren tierschutzfeindlichen Massenbetrieben“.

Präsident Andreas Grasmüller, Rechtsanwalt in München und dem Fernsehpublikum spätestens nach seinem TV-Film „Quälerei am laufenden Band“ von 1976 als aufrechter Streiter für die gepeinigete Kreatur bekannt: „Der oberste Tiernützer kann nicht gleichzeitig der oberste Tierschützer sein.“

Die Vereinigung der Tierliebhaber versteht sich als „parteilich neutral“ (Grasmüller). Ob der Verband die Kampagne befürwortet, mag der Präsident nicht kommentieren. Wohl aber die Beweggründe: „Wir sind fünf Millionen Tierfreunde in Deutschland. Der FDP haben in Nordrhein-Westfalen 1709 Stimmen gefehlt.“

Der Minister hätte vorgewarnt sein können, als der Jurist voriges Jahr per Fragebogen von jedem Bonner Parla-

wollen den Vogelfängern das Handwerk legen“ in den Europa-Wahlkampf gezogen war, übersah die blaugelbe Warnung. Wäre der Tierschutz in einem anderen Ressort angesiedelt, ließ er wissen, wären Kompromisse noch schwerer zu erreichen als jetzt.

Ohnehin, so der Minister beschwichtigend, werde er in Brüssel auf eine europäische Regelung drängen und die Mindestfläche für je vier Legehennen auf 60 mal 60 Zentimeter heraufsetzen.

Hellhöriger als die Sozialliberalen waren da schon die Christsozialen. Selbstverständlich, teilte Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß dem CDU-Abgeordneten Hans-Jürgen Stutzer mit, werde er nach der Machtübernahme das Tierschutzressort nach bayrischem Muster ins Innenministerium verlagern.



**Hobbyjäger Ertl (r.): Feind der deutschen Henne?**

mentarier einzeln wissen wollte, ob der Abgeordnete bereit sei, an einer Lösung der Tierschutzprobleme im Bundestag mitzuarbeiten und ob er, etwa, die „Erhöhung der Pfändungsfreigrenze für Hunde“ befürworte.

Die Gretchenfrage im Katalog: Ob es der Volksvertreter für „vordringlich“ halte, das Referat „Tierschutz“ aus Ertls Zuständigkeitsbereich herauszunehmen und abzugeben an den „für den Umweltschutz zuständigen Bundesminister des Innern, um mögliche Interessenkollisionen von vornherein auszuschalten“.

Mit Parteilichkeit, so der Münchner, habe die Kampagne nichts zu tun. Grasmüller: „Auch Innenminister Baum ist schließlich ein FPD-Mann.“

Ertl, dessen Partei im Frühjahr letzten Jahres noch mit der Parole „Wir

Und dem Tier-Lobbyisten Grasmüller versicherte er schriftlich, Tierschutz sei von jeher „ein wichtiges Anliegen bayrischer Politik“ gewesen.

Ansonsten erlaubte sich Waidmann Strauß, auf eine weitere Schandtat der Bundesregierung hinzuweisen. Die beharre mit dem nach bayrischer Meinung dringend änderungsbedürftigen Abwasserabgabegesetz zwecks Feststellung der „Fischgiftigkeit der Abwässer“ darauf, daß „jährlich Tausende von Goldorfen unnützlich getötet werden“.

Des Kanzlerkandidaten Fürsorge gilt einer Spezies aus der Ordnung der Edelfische und der Familie der Karpfen. Besondere Kennzeichen laut Meyers Konversations-Lexikon: mäßig gestreckter, wenig zusammengedrückter Leib, breitstirniger Kopf, schiefgespaltenes Maul.